
PRESSEMITTEILUNG

56/2013

Essen, 17. Dezember 2013

KiBiz-Gesetzentwurf: Bildungsbegriff geschärft

Der große Wurf bleibt aus!

Die GEW begrüßt die am Dienstag vom Landeskabinett beschlossene zweite Revisionsstufe des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), fordert aber weitergehende Reformen für die Kindertageseinrichtungen in NRW. Erfreulich sei, so die Gewerkschaft, die Zielrichtung des Gesetzentwurfs, die Beschäftigten in den Kitas stärker zu unterstützen. Die Landesregierung komme ihrer Verantwortung, für bessere Rahmenbedingungen in den Einrichtungen zu sorgen, aber noch nicht genügend nach.

Zugleich unterstützt die GEW die Schärfung des Begriffs der frühkindlichen Bildung sowie den Förderansatz, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, um damit für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Durch das Auslaufen von Delfin4 sieht sich die Bildungsgewerkschaft in ihrer langjährigen Kritik an diesem umstrittenen Sprachstandsstellungsverfahren bestätigt.

„Die Revision ist ein Zwischenschritt, aber der große Wurf bleibt aus! Wir warten immer noch auf ein qualitativ neues Gesetz“, sagte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer heute in Essen. Die im Revisionsentwurf vorgesehenen zusätzlichen Mittel zur Personalverstärkung, die Planungsgarantie für Träger, wie auch die Vorgaben für Rücklagenbildung und die Reduktion von Fristverträgen für die Beschäftigten seien erste notwendige Schritte. Sie könnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass für nachhaltige Qualitätsverbesserungen noch nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. „Die frühkindliche Bildung in NRW bleibt strukturell unterfinanziert, allgemein anerkannte Personalbetreuungsschlüssel und Betreuungsstandards sind noch nicht erreicht“, kritisierte die GEW-Landesvorsitzende. Laut Erzieherinnenberichten hätten sich im Rahmen des U3-Ausbaus die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen deutlich verschlechtert, die Belastung der Pädagoginnen sei immens gewachsen.

Der Gesetzentwurf beschere 100 Millionen Euro mehr Finanzmittel für die Beschäftigung von zusätzlichen Fachkräften oder anderen Personals wie Hauswirtschaftskräften. Dies sei, so Schäfer, ein überfälliger Schritt, um den Arbeitsdruck in den Kindertageseinrichtungen zu mindern. „Spätestens seit der Gesundheitsstudie der NRW-Unfallkasse wissen wir, dass die Arbeit in der Kita krank machen kann“, sagte die GEW-Vorsitzende. Je schlechter die Rahmenbedingungen, so das Ergebnis der Studie, desto schlechter sei die Arbeitsfähigkeit des pädagogischen Personals. Schäfer wörtlich: „Viele Erzieherinnen haben das Gefühl, dass sie den gestiegenen Anforderungen persönlich nicht mehr gewachsen sind. Solche Arbeit macht krank!“

Schäfer hob zudem hervor, dass der Gesetzentwurf ein besser strukturiertes und konzeptionell anspruchsvolleres Verständnis von frühkindlichen Bildungsprozessen beschreibe. Die Bildungsgewerkschaft GEW setze daran große Erwartungen, vor allem an die Weiterentwicklung alltagsintegrierter Sprachbildung. Schäfer mahnte: „Dabei müssen die Erzieherinnen mitgenommen werden, das erfordert Zeit und qualifizierte Fortbildungsmaßnahmen für das gesamte Team.“ Erzieherinnen hätten den Ehrgeiz, ihre Arbeit gut zu machen. Dafür benötigten sie Vertrauen und größtmögliche Unterstützung. Erforderlich sei auch eine Fortbildungsvereinbarung zwischen Ministerium, Trägern und den Gewerkschaften der Erzieherinnen.

Zur Information:

Gesundheitsstudie GUV/Landesunfallkasse NRW: <http://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte/stege/>

GEW-Stellungnahme zum Entwurf des Landeshaushaltes 2014 (einschl. Forderungen zum Einzelplan 07 (MFKJKS))
http://www.gew-nrw.de/uploads/tx_files/STE_2013-10-31_GEW-NRW_Haushalt_2014_01.pdf